



Am 23. August 1939 unterzeichnete in Moskau der sowjetische Außenminister Molotow den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag. Zweiter von rechts: Josef Stalin.

23. August 1939: Deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag

„Unter den Anstalten zum Selbstmord, die Hitler getroffen hat, die bedeutendste ...“

„Stalin hat mit Hitler gemeinsame Sache gemacht.“ — „Die Sowjetunion hat 1939 imperialistische Ziele verfolgt.“ — „Der Hitler-Stalin-Pakt“ hat den zweiten Weltkrieg ausgelöst.“ — Mit solcherlei Behauptungen werden gegenwärtig — anlässlich des 40. Jahrestags der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags — Zeitungaleser, Radfahrer und Fernsehzuschauer überschüttet. Die bürgerlichen Geschichtsdarsteller bedienen sich dabei einer alten Methode: Sie spekulieren mit der Unwissenheit vieler Menschen über die jüngste geschichtliche Vergangenheit.

Die historische Situation, in der der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag geschlossen wurde, war von einer zunehmenden Bedrohung des Weltfriedens durch die faschistischen Aggressoren Deutschland, Italien und Japan gekennzeichnet. Ein paar Daten mögen dies verdeutlichen: 1931 — Überfall Japans auf die Mandchurei; 1935 — Überfall Italiens auf Abessinien; 1936 — Intervention Deutschlands und Italiens im Spanischen Bürgerkrieg; 1937 — Japan besetzt Peking, Tientsin und Schanghai; 1938 — Deutschland annektiert Österreich und die Sudeten; März 1939 — Deutschland annektiert die Rest-Tschechoslowakei.

„Beschwichtigung“ oder „kollektive Sicherheit“?

Angesichts der faschistischen Bedrohung gab es in der Welt zwei hauptsächlich politische Richtungen: die der „Beschwichtigung“ — der Anpassung und des Nachgebens gegenüber den faschistischen Mächten — und die der Bemühung um „kollektive Sicherheit“. Die erstere wurde von den imperialistischen Westmächten England, Frankreich, USA vertreten; die zweite von der sozialistischen UdSSR.

Die „Beschwichtigungs“-Politiker ermunterten Hitler durch immer neue Zugeständnisse zu immer neuen Aggressionshandlungen und Kriegsplänen; sie suchten Hitler nach Osten zu lenken und ihn in einen Krieg mit der Sowjet-

union zu verwickeln. Im Gegensatz dazu bemühte sich die Sowjetunion, ein Bündnis mit den westlichen nichtaggressiven imperialistischen Staaten zu schließen. Mittels eines Systems von Bündnisverträgen, Militärabkommen und Garantien für die bedrohten Länder sollte dem faschistischen Vordringen ein wirksamer Riegel vorgeschoben, der Weltfrieden gerettet werden. Das System der kollektiven Sicherheit stellte die einzige Möglichkeit dar, die faschistische Aggression zu stoppen.

Die Westmächte hintertrieben, störten und zerschlugen die sowjetischen Bemühungen um kollektive Sicherheit. Im Frühjahr 1939 hatten die „Beschwichtigungs“-Politiker die Sowjetunion vollständig isoliert. Mit dem Münchner Abkommen hatten sie Hitler praktisch die Tschechoslowakei ausgeliefert, Hitler hatte die Tschechoslowakei in zwei Etappen besetzt und schickte sich nun an, Polen zu erobern. Das Tor nach Osten stand offen, ein Zusammenprall mit der Sowjetunion schien unausweichlich. Die Rechnung der Herren in Paris, London und Washington schien aufzugehen.

Die Suche nach dem Ausweg

In dieser Situation bemühte sich die Sowjetunion nochmals um Verhandlungen mit den Westmächten. Diese lehnten zunächst ab, mußten dann jedoch, unter dem Druck der öffentlichen Meinung in ihren Ländern, einwilligen. Sie führten die Verhandlungen jedoch

nur zum Schein. Der britische Außenminister Halifax bekannte schon am 28. März 1939 gegenüber der US-Regierung, „daß man nicht die Absicht hege, ein grundsätzliches Abkommen mit der Sowjetunion herbeizuführen“. In einer geheimen Denkschrift schrieb er am 22. Mai 1939, ein Abkommen mit der Sowjetunion wäre deshalb wünschenswert, weil es wesentlich wäre, wenn schon ein Krieg sein müsse, die Sowjetunion in ihn zu verwickeln.“

Entsprechend dieser Linie suchten die Westmächte in den Verhandlungen der Sowjetunion Bedingungen aufzuzwingen, durch die die UdSSR bei der Abwehr einer eventuellen Hitleraggression die ganze Last der Opfer auf sich nehmen sollte. So sollte die Sowjetunion im Falle eines Angriffs auf England oder Frankreich oder mit ihnen verbündeten Ländern Hilfe leisten; entsprechende Garantien für den Fall eines Angriffs auf die UdSSR aber waren umgekehrt England und Frankreich nicht bereit zu geben. Es ist klar, daß die Sowjetunion auf diese Bedingungen nicht eingehen konnte.

Die Westmächte suchten überdies die Verhandlungen aufzuhalten, zu verwirren, ad absurdum zu führen. So hatte der britische Unterhändler in Moskau keine Vollmachten, einen Vertrag abzuschließen. So verweigerten die Westmächte zunächst militärische Verhandlungen, ohne die ein politisches Abkommen sinnlos gewesen wäre. Wiederum erst auf Druck der öffentlichen Meinung reiste eine Militärkommission nach Moskau; sie reiste jedoch — obwohl sich die internationale Situation rasend verschärfte —

mit dem langsamsten der verfügbaren Reisemittel: mit dem Schiff.

Das ganze Ausmaß des Verrats wurde allerdings erst nach 1945 sichtbar, als die Archive der Hitlerregierung den Sowjettruppen in die Hände fielen. Die Dokumente zeigten, daß die britische Regierung 1939, während sie ein Übereinkommen mit der Sowjetunion sabotierte, gleichzeitig Geheimverhandlungen mit der Hitlerregierung führte. Dabei erklärte sie sich sogar bereit, ihre Garantien für Polen fallenzulassen — Polen also Hitler auszuliefern —, falls es zu einer deutsch-britischen Einigung käme. Zu einer Einigung kam es aufgrund der tiefen Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten jedoch nicht.

Der Pakt

Hitler machte der Sowjetunion bereits am 20. Mai, am 26. Juli und am 2. August 1939 Angebote über ein deutsch-sowjetisches Abkommen. Die Sowjetunion lehnte ab. Sie suchte bis zuletzt, ein Bündnis mit den Westmächten zustandezubringen; die Aussichten dafür verringerten sich aber immer mehr. Zudem kämpften seit August 1939 im Osten Truppen der Sowjetunion und der Mongolischen Volksrepublik gegen einen japanischen Einfall. Im Westen mußte jeden Tag mit dem Angriff Hitlers auf Polen — und damit mit einer zweiten Front für die Sowjetunion — gerechnet werden. In dieser Situation erklärte sich die Sowjetregierung zum Abschluß eines Nichtangriffsvertrages mit Deutschland bereit. Sie tat dies übrigens als letzte der europäischen Großmächte. Bereits im September und Dezember 1938 hatten England und Frankreich mit Deutschland Deklarationen unterzeichnet, die Nichtangriffsverträge gleichkamen.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag — er wurde am 23. August 1939 in Moskau von den Außenministern Ribbentrop und Molotow unterzeichnet —, beinhaltete die Verpflichtung, einander zehn Jahre lang nicht anzugreifen, sich in einem Konflikt mit einem Dritten neutral zu verhalten und sich nicht an Mächtigengruppierungen gegen den anderen zu beteiligen. Der Vertrag war kein Bündnis im Sinne des Zusammengehens zweier Mächte, er war eine gegenseitige Neutralitätserklärung. Mit diesem Vertrag durchbrach die Sowjetunion die ihr von den Westmächten aufgezwungene Einkreisung und bewahrte sich zunächst vor einem Zweifrontenkrieg. Unter dem Eindruck des Vertrages stellten die

Japaner im Osten ihre Aggression ein. Die Sowjetunion gewann Zeit, den sozialistischen Aufbau weiter voranzutreiben und ihre Verteidigung zu stärken. Über die Vertragstreue Hitlers machte sich die Sowjetführung keine Illusionen.

Teilung Polens?

In einem geheimen Zusatzabkommen zu dem Vertrag legten Deutschland und die Sowjetunion „für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung“ im Baltikum, in Polen und in Südosteuropa ihre „Interessen“ fest. Das Zusatzabkommen erfüllte eine wichtige Funktion im antifaschistischen Kampf der Sowjetregierung. Es erlaubte Stalin, einen Teil Osteuropas zunächst dem faschistischen Zugriff zu entziehen und die sowjetische Verteidigungslinie mehrere hundert Kilometer nach Westen zu verlegen. Im Gegensatz zum Einfall der Nazis in Polen — die polnische Regierung und Armee wurde von ihnen in wenigen Tagen zerschlagen — rückte die sowjetische Armee am 17. September 1939 bis zur sogenannten Curzon-Linie vor.

Von verschiedenen bürgerlichen Theoretikern wird auch heute noch behauptet, die Stalinische Sowjetunion hätte 1939 eine imperialistische Politik verfolgt, indem sie Polen geteilt und seine östliche Hälfte sich einverleibt hätte. — Dazu ist dreierlei zu bemerken. Erstens war es die polnische Regierung selbst, die aufgrund ihrer antikommunistischen Haltung, ihres halbfaschistischen Charakters jede Unterstützung durch die Sowjetunion kategorisch ablehnte und damit ihr Land den deutschen Faschisten praktisch schutzlos auslieferte. Zweitens handelte es sich bei den Gebieten, in die die Rote Armee einmarschierte, um Gebiete, die 1920 dem mit der weißen Intervention ringenden Sowjetstaat von der polnischen Bourgeoisie entrisen worden waren; es waren Gebiete mit überwiegend ukrainischer bzw. belorussischer Bevölkerung. Drittens war es die Sowjetunion, die nach der Befreiung vom Faschismus die staatliche Existenz Polens ermöglichte und garantierte. Hätte Stalin es wirklich darauf angelegt, Polen zu vernichten, so wäre ihm dies 1945 ein Leichtes gewesen.

Grundlage für den Sieg

In bürgerlichen Darstellungen wurden und werden das Unverständnis, die Zweifel und die Ablehnung, die der Vertrag bei manchen (wirklichen und

scheinbaren) Antifaschisten — vor allem Linksinтеллектуellen — hervorrief, in den Vordergrund gestellt. Tatsache ist aber, daß die Mehrzahl der Antifaschisten und Kommunisten das Abkommen verstanden und begriffen. So begründete das Zentralkomitee der KPD am 25. August 1939 den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag als eine „erfolgreiche Friedensstatte von Seiten der Sowjetunion“. Am 21. September, vier Tage nach dem Einmarsch der Roten Armee in Polen, schrieb Heinrich Mann: „In Polen ist sein Pakteffekt für Hitler eine Unbequemlichkeit geworden anstatt eine Erleichterung. Auf seinem Wege stehen Sowjetdivisionen. Die politischen wären ihm lieber. (...) Indessen haben Sowjetdivisionen die deutschen überhaupt im Wettlauf nach der ungarischen Grenze. Nicht Hitler — die Sowjets halten die Gegend, wo die drei Grenzen, Ungarns, Polens, Rumaniens, sich treffen. Der Einmarsch des berühmten Eroberers in ein Land, wo Petroleum fließt, stößt auf unvorhergesehene Hindernisse. Wenn dies nicht die Absicht des Paktes war, sein Ergebnis ist es jedenfalls.“ — Selbst Politiker aus dem großbürgerlichen Lager kamen — wenn sie ehrlich waren — nicht umhin, die Bedeutung des Paktes zu würdigen. So erklärte Winston Churchill, der ein Gegner der „Beschwichtigungs“-Politik war, am 1. Oktober 1939 in einer Rundfunkrede: „Es ist klar, daß die russische Armee diese Linie beziehen mußte, um Rußland vor der nazistischen Bedrohung zu schützen. (...) So wurde eine Ostfront geschaffen, die Deutschland nicht anzugreifen wagt. Als Herr von Ribbentrop vorige Woche der Einladung nach Moskau Folge leistete, wurde ihm kategorisch erklärt, daß die Nazis ihre Absichten auf die baltischen Staaten aufgeben müßten.“

Der Verlauf des zweiten Weltkriegs hat den Abschluß des Nichtangriffsvertrages mit den Nazis fast voll und gänzlich gerechtfertigt. Der Vertrag stellte nicht nur den einzigen Ausweg dar, den der bedrohte sozialistische Staat im Jahre 1939 einschlagen mußte. Er legte gleichzeitig die wesentliche Grundlage für die spätere antifaschistische Offensive, für das Zustandekommen der Anti-Hitler-Koalition, für die Zerschlagung des japanischen, italienischen und vor allem des deutschen Faschismus. Oder mit den Worten von Heinrich Mann ausgedrückt: „Er [der Pakt] ist unter den Anstalten zum Selbstmord, die der Führer getroffen hat, die bedeutendste, auf weite Sicht konnte sie unmöglich fehlschlagen.“



In diesem Jahr jährt sich zum einhundertsten Mal der Geburtstag Josef Stalins. Stalin war mehr als ein halbes Jahrhundert lang ein großer kommunistischer Führer, ein Kämpfer an der vordersten Front der Partei der Bolschewiki und der internationalen kommunistischen Bewegung, war Lehrer, Führer und Inspirator des Kampfes des revolutionären Proletariats der ganzen Welt. Anlässlich des einhundertsten Geburtstages haben zahlreiche marxistisch-leninistische Organisationen und Parteien — darunter die KPD/ML — das Jahr 1979 zum Stalin-Jahr erklärt. Sie nehmen das Jahr zum Anlaß, um Stalin und sein Werk verstärkt zu würdigen und gegen die verschiedenen bürgerlichen und revisionistischen Angriffe zu verteidigen (Text der Erklärung: „Roter Morgen“ Nr. 31/79). Der „Rote Morgen“ befleißt sich in einer Reihe von Artikeln mit Stalin und seiner Politik.